

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

| | | |
|---|----------------------------|--------------------------|
| Gremium | | |
| Hauptausschuss | | |
| Sitzungsort Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm | | |
| Datum 29.01.2015 | Beginn 17:00 Uhr | Ende 18:48 Uhr |

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

| | |
|---------------------------|----------------------------------|
| Bosselmann, Ralf | Vertretung für Herrn Schier |
| Kick, Hans-Werner | |
| Philipp, Gerd E. | |
| Wapenhans, Detlef | Vertretung für Frau Dr. Bock |
| Flüshöh, Oliver | |
| Kampschulte, Matthias | Vertretung für Herrn Rüttershoff |
| Lusebrink, Hans-Otto | |
| Müller, Michael | |
| Stark, Wolfgang | |
| Gießwein, Brigitta | |
| Gießwein, Marcel | |
| Feldmann, Jürgen | |
| Burbulla, Johanna | |
| Stutzenberger, Olaf | |
| Bockelmann, Christian Dr. | |

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Klos, Karlheinz
Lethmate, Egbert
Mollenkott, Marion
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schäfer, Pia
Schweinsberg, Ralf
Sormund, Frank

Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Bock, Sylvia Dr.
Schier, Klaus Peter
Rüttershoff, Heinz-Joachim

Vertretung durch Herrn Wapenhans
Vertretung durch Herrn Bosselmann
Vertretung durch Herrn
Kampschulte

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den
Bürgermeister
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der
Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 30.10.2014 und
20.11.2014
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und
Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Aufbauorganisation der Stadt Schwelm 234/2014
- 8 Zentralisierung der Verwaltung - Entscheidungen für eine 247/2014/1
zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung
- 9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Bürgermeister

Bürgermeister Stobbe eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig so wie sie mit der Einladung verschickt wurde beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 30.10.2014 und 20.11.2014

Die Niederschriften vom 30.10.2014 und 20.11.2014 werden genehmigt.

| | | |
|----------------------|-------------|----------|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|----------|

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen

Herr Schweinsberg teilt mit, dass die Bezirksregierung in Arnberg unmittelbar nach der Ratssitzung über das Abstimmungsergebnis informiert wurde. Aktuell gebe es noch keine weiteren Informationen, welche Frist die Bezirksregierung einräume. Sobald Informationen vorliegen, werden diese unmittelbar an die Fraktionen weitergeleitet.

6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

Herr Sprock als jetziger Vorsitzender erstattet Bericht über die Arbeiten des Behindertenbeirates aus dem Jahr 2014. Der Beirat habe sich im September 2014 neu zusammengefunden und im Oktober neu konstituiert.

Anschließend stellt er diverse Tätigkeiten vor, in denen der Behindertenbeirat eingebunden war bzw. mit denen er sich befasst habe, wie zum Beispiel

- barrierefreie Sitzbänke für die Innenstadt,
- barrierefreie Gestaltung des Omnibusbahnhofs,
- barrierefreie Toiletten
- Flyer des Behindertenbeirates

Ein wichtiges zukünftiges Thema sei auch die Schulinklusion und wünschenswert eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der Bedarfe im Rahmen der Behindertenkonvention. Da der Behindertenbeirat in diesem Punkt dringend Unterstützung benötige, richtet Herr Sprock an dieser Stelle einen dringenden Apell an die Politik.

Unter Bezug auf diesen Apell erkundigt sich Herr Flühöh, ob auch bezogen auf die Tätigkeitsbereiche der Technischen Betriebe Schwelm (TBS) über das Thema Barrierefreiheit nachgedacht und mit dem Vorstand diskutiert worden sei. Zur Erläuterung führt er zwei Beispiele an und fragt, ob es Kontakte zu den TBS gebe.

Dies bejaht Herr Sprock.

Herr Stutzenberger fragt nach, an wen sich potentielle Spender für weitere Sitzbänke in der Innenstadt wenden können, wer dies organisiere und was eine Bank koste.

Herr Sprock weist darauf hin, dass ein derartiges Schreiben von der Stadt ausgehen müsse. Hierzu gebe es bereits einen Textvorschlag. Die Kosten für eine Bank belaufen sich auf knapp über 2.000 € zuzüglich Aufstellungskosten der TBS.

Herr Stutzenberger appelliert, bei der Barrierefreiheit nach DIN 1847 nicht nur an Gehbehinderung zu denken.

Frau Dr. Hortolani regt an, hinsichtlich weiterer Spenden für Sitzbänke die Öffentlichkeit durch die hier anwesende Presse zu beteiligen und schlägt vor, die Spender auf Schildern an den Bänken zu erwähnen.

Herr Kampschulte fügt hinzu, dass jede bisher aufgestellte Bank ein von ihm kostenlos zur Verfügung gestelltes Schild trage und er dies auch für weitere Bänke zusage.

Herr Kick berichtet von bereits angestellten Überlegungen zur Verbesserung der Servicequalität bei der Müllabfuhr. Um behinderten und älteren Menschen entgegen zu kommen planen die TBS, die Müllbehälter in kleineren Straßen abzuholen und zur nächsten Straße zu transportieren.

Herr Feldmann erkundigt sich nach der Gestaltung des Internetauftritts in Bezug auf sehbehinderte Menschen.

Herr Stobbe weist auf die bereits vorhandenen Button zur Vergrößerung des Schriftbildes hin. Weitere Überlegungen werden im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Homepage folgen.

Herr Stobbe dankt Herrn Sprock für seine Ausführungen und gibt Herrn Koch das Wort.

Herr Koch ergänzt den Vortrag des Herrn Sprock im Weiteren unter anderem um ein paar Rahmendaten.

Der Behindertenbeirat habe nach seiner Konstituierung in 2014 zwei Mal getagt. Darüber hinaus finden monatlich Arbeitstreffen statt, an denen er als Behindertenbeauftragter der Verwaltung teilnehme.

Als Sonderaktion in 2014 habe es in Zusammenarbeit mit der Agentur Barrierefrei NRW und der TU Dortmund eine sog. Bestandsaufnahme und Untersuchung auf Barrierefreiheit der öffentlichen Verwaltungsgebäude und größeren Veranstaltungsräumlichkeiten gegeben. Damit sei die Stadt Schwelm eine der ersten 20 Städte, deren Ergebnisse nun dort ausgewiesen werden.

Frau Riesner – Inklusionsbeauftragte der Arbeitsgruppe Barrierefreiheit – versuche auf Kreisebene die Umsetzung behindertengerechter Überlegungen und sei hier auch noch in den Anfängen.

7 Aufbauorganisation der Stadt Schwelm

234/2014

Herr Stobbe leitet ein, dass die Beschlussfassung für den Rat am 26.02.2015 vorgesehen sei. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass der Vorschlag den meisten Punkten aus dem PWC-Gutachten folge und dem organisatorische Maßnahmen hinterliegen, um Synergien entsprechend zu nutzen.

Herr Gießwein merkt an, dass die Vorlage zunächst vertagt worden sei und man sich im Ältestenrat nicht einig war. Die Ausführungen in der Vorlage seien bei Hinzuziehung des PWC-Gutachtens nachvollziehbar, jedoch nicht die fehlende vollständige Integration des Fachbereiches 2 in den Fachbereich 6. Zur eventuellen Rückführung der TBS in die Kernverwaltung sei klar, dass diese Zeit brauche und es hierzu unterschiedliche Modelle geben könne. Aber bereits jetzt müsse begonnen werden, unter Beteiligung des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) ein Konzept zu entwickeln. Die Integration des FB 2 hingegen müsse jetzt bereits stattfinden.

Herr Stobbe wendet ein, dass die im Ältestenrat vorgetragenen Überlegungen, bei Rückführung der TBS ein technisches Dezernat zu bilden, nicht Bestandteil der von der Verwaltung vorgesehenen Organisation sei. Der politische Beschluss laute, dass wenn eine Steuerpflicht bei den TBS eintrete, die Thematik angegangen werden solle. Ohne Eintreten einer Steuerpflicht solle die TBS als AöR fortbestehen.

Herr Schweinsberg unterstreicht, dass die Verwaltung die vorgestellte Variante vorschläge, da sie die Möglichkeit der Wiedereingliederung der TBS gebe.

Bürgermeister Stobbe ergänzt, dass es eine Teilung des jetzigen Fachbereich 5 in zukünftig FB 5 und FB 6 geben werde. Für den neuen FB 6 gebe es eine Fachbereichsleitung und für den zukünftigen FB 5 müsse es dann noch eine geben.

Herr Feldmann hat große Bedenken, dass zu weit gegriffen werde, wenn statt der von Fa. PWC vorgeschlagen, 7,8 Stellen eingespart werden die verwaltungsseitig bis 2012 ausgewiesen 24,5 Stellen. Seiner Auffassung nach werde eher mehr Personal benötigt, um Synergieeffekte zu erzielen.

Herr Stobbe erklärt, dass das vom Rat beschlossene Personalwirtschaftskonzept maßgeblich und Bestandteil des Haushaltes sei und sich dieses fortlaufend in Umsetzung befinde.

Herr Flüshöh stellt in Frage, ob nach heutigem Kenntnisstand und Einführung des NKF die Ausgliederung der TBS überhaupt nochmal beschlossen würde. Das Bundesfinanzministerium hat sich deutlich ausgesprochen und er hält es daher für sinnvoll, sich frühzeitig gemeinsam mit dem Vorstand der TBS Gedanken über die anstehende Veränderung zu machen.

Herr Kick stellt drei mögliche Optionen vor. Zum einen könne es bei der AöR belassen werden, zum zweiten sei ein Eigenbetrieb denkbar und zum dritten die vollständige Integration. Anzumerken sei jedoch, dass an keiner Stelle Synergieeffekte plausibel belegt werden. Für ihn habe sich die Verselbständigung sehr bewehrt und er sehe die Arbeit der TBS bislang sehr positiv. Eine kurzfristige Umstellung sei für ihn nicht denkbar.

Herr Flüshöh begrüßt ebenfalls Bereiche, die gut laufen. Im Bereich der Kosten- und Leistungsrechnung sei die TBS der Verwaltung sogar voraus und solle bei etwaiger Zusammenführung genutzt werden. Er gehe aufgrund der Aussagen auf Bundesebene davon aus, dass die Umstellung auf jeden Fall erforderlich werde.

Herr Gießwein sieht eventuelle Synergieeffekte erst im zweiten Schritt. Der erste Schritt sei, sich bereits jetzt auf die angekündigte Veränderung vorzubereiten. Dieser Vorbereitungsprozess werde nicht vor 2016 abgeschlossen sein.

Gegen den Vorschlag, Überlegungen anzustellen, wendet Herr Kick nichts ein. Nach seiner Auffassung sollte es sich aber auf den Prozess des Denkens beschränken und nicht auf eine etwaige Umstellung.

Auf Nachfrage des Herrn Stobbe, was dann gegen die vorgeschlagene Geschäftsverteilung spreche, erwidert Herr Gießwein, dass alles in einem Kontext zu sehen sei.

Herr Flüshöh zeigt an, zu den Ausführungen in der Vorlage noch diverse Rückfragen zu haben. Zu der zentralen Vergabestelle bittet er um Erläuterung, wie diese im Hinblick auf die Kompliziertheit des Vergaberechtes praktisch umgesetzt werden soll. Zu dem mit Beginn 01.01.2015 angeführten zentralen Einkauf erkundigt er sich, ob dieser umgesetzt sei. Weiter bittet er um Information über den Zusammenhang des Ratsmanagements und der zentralen Steuerung.

Beim Belegungsmanagement fragt er sich, warum dies nicht auf den Stadtsportverband übertragen werde, der sich hierzu bereit erklärt habe.

Zu den IT-Kosten bittet er um Mitteilung, wie weit die Umsetzung sei oder ob es lediglich eine Analyse nach den Untersuchungen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gebe.

Zur ersten Frage nimmt Herr Schweinsberg Stellung. Zur Zeit bearbeite jeder Fachbereich seine Vergaben selbst. Bei einer Zusammenführung zu einer zentralen Stelle gehe es auch nur darum, allgemeine rechtliche Kenntnisse rund um die Vergabe (z.B. Ermittlung von Wertgrenzen) zu bündeln und nicht notwendige fachliche Kenntnisse für die inhaltliche Prüfung. Die werde nach wie vor von den Fachbereichen gefordert.

Aktuell sei der zuständige Mitarbeiter zu Seminaren angemeldet und werde bereits jetzt in alle Vergabeprozesse eingebunden.

Zur zentralen Einkaufsorganisation erläutert Herr Stobbe, dass leider aufgrund eines über mehrere Monate andauernden Personalausfalls die Umsetzung aktuell stagniere. Geplant sei, dass der gesamte Einkauf über eine Vollzeitstelle abgewickelt werde.

Zur zentralen Steuerung führt er aus, dass zukünftig eine zentrale und damit einhergehende einheitliche Abwicklung des Sitzungsdienstes über den Bereich Ratsmanagement gesteuert werde, die Fachlichkeit aber weiterhin aus den Fachbereichen kommen müsse. Durch zentralen Druck und Versand fallen zum Beispiel Wege weg.

Das Belegungsmanagement finde heute im Wesentlichen im FB 4 statt, wobei der FB 2 wiederum für die Betrauung der entsprechenden Immobilien verantwortlich sei. Dies soll an einer Stelle konzentriert werden.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass die detaillierte Planung schon mit dem Stadtsportverband gemeinsam erfolge, die übrigen nicht im Stadtsportverband organisierten Vereine jedoch befürchten, dass bei einer Belegung durch den Stadtsportverband nur die „Restzeiten“ der Hallen überlassen bekommen. Zielführender sei daher die abschließende Entscheidung von Seiten der Verwaltung.

Zu dem Bereich der IT führt Herr Stobbe aus, dass die IT und GPA zur Zeit die vorhandenen Strukturen neu diskutieren. Aktuell werden alle vorhandenen Softwarepakete analysiert und die Aufstellung des Helpdesks überprüft. Der Themenkomplex befinde sich somit im laufenden Prozess unter Beteiligung der GPA.

Ein Ergebnis werde voraussichtlich nach der Sommerpause dargestellt werden können.

Herr Gießwein beantragt, die Fachbereiche 2 und 6 (neu) – wie im Gutachten der Firma PWC dargestellt - zusammenzuführen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass heute im Wesentlichen die Zuordnung der Bereiche zum Geschäftsbereich II beschlossen werden sollen und erkundigt sich, ob der Antrag als Prüfungsauftrag zu werten sei, die vorgenannten beiden Fachbereiche als eine Einheit darzustellen.

Herr Flühöh bringt in Erinnerung, dass das Gutachten diese Zusammenlegung empfehle und keine sachlichen Gründe von der Verwaltung vorgetragen wurden, die gegen eine Zusammenführung sprechen.

Wenn sich an dieser Stelle derart nah an dem PWC-Gutachten orientiert werde, fordert Herr Feldmann auf, dies auch bei der Stellendiskussion zu tun und nicht bis 2021 insgesamt 24,5 Stellen, sondern nur die im Gutachten ausgewiesenen 7,8 Stellen einzusparen.

Herr Gießwein betont, dass die Zusammenführung des Fachbereiches 2 mit dem (neuen) Fachbereich 6 konkret beantrage und nicht beantrage, eine eventuelle Zusammenlegung zu prüfen.

Er verliest den Wortlaut seiner Antragstellung wie folgt.

Die Verwaltung nimmt bereits zum jetzigen Zeitpunkt die vollständige Integration des FB 2 in den (neuen) FB 6 vor. Außerdem wird Sie beauftragt, der Politik regelmäßig im Hauptausschuss über die Umsetzung und die damit einhergehenden Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen:

| | | |
|----------------------|---------------|----------|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 9 |
| | dagegen: | 7 |
| | Enthaltungen: | 2 |

Anschließend stellt Herr Gießwein nachstehenden Antrag:

Die Verwaltung beginnt bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Rückführung der TBS in die Kernverwaltung vorzubereiten und erstattet hierüber und über mögliche Synergien aus der Rückführung dem Verwaltungsrat der TBS und dem Hauptausschuss regelmäßig Bericht. Dies soll die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Vorstand der AÖR tun und dabei alle unterschiedlichen Möglichkeiten einer Integration der TBS beleuchten und der Politik zur Beratung vorlegen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen:

| | | |
|----------------------|---------------|----------|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 9 |
| | dagegen: | 8 |
| | Enthaltungen: | 1 |

Nachfolgend stellt der Bürgermeister den Beschlussvorschlag aus Verwaltungsvorlage 234/2014 zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, den Geschäftskreis des 1. Beigeordneten entsprechend der in der Anlage 2 dargestellten Aufgabenverteilung ab dem 01.01.2015 festzulegen.
2. Der Hauptausschuss nimmt die Maßnahmen zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird in regelmäßigen Abständen über den Umsetzungsstand berichten.

| | | |
|----------------------|---------------|-----------|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 17 |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 1 |

8 Zentralisierung der Verwaltung - Entscheidungen für eine zukunftsorientierte bürgernahe Verwaltung 247/2014/1

Kenntnis genommen

9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Kampschulte erkundigt sich, ob es richtig und zielführend sei, dass der Hausmeister jedes Mal kommen müsse, um in der Turnhalle der Engelbertschule den Vereinen die Tür aufzuschließen und ob dies mit der Schließanlage zusammenhänge.

Herr Stobbe sagt die Beantwortung der Frage zu.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 10 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

| | | |
|-------------------------|-----------------------------------|-------------------------------------|
| Schwelm, den 30.01.2015 | Schritfführerin gez. Söhner | Der Bürgermeister gez. Stobbe |
|-------------------------|-----------------------------------|-------------------------------------|